GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Postkoloniale Selbstbilder in der postnationalsozialistischen Gesellschaft

Messerschmidt, Astrid

2016

https://doi.org/10.25595/2200

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Messerschmidt, Astrid: *Postkoloniale Selbstbilder in der postnationalsozialistischen Gesellschaft*, in: FKW : Zeitschrift für Geschlechterforschung und visuelle Kultur (2016) Nr: 59, 24-37. DOI: https://doi.org/10.25595/2200.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

POSTKOLONIALE SELBSTBILDER IN DER POSTNATIONAL-SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT

Nach vielen Jahren der Nichtthematisierung werden in letzter Zeit Städte in Deutschland auf ihre postkoloniale Geschichte hin erkundet. *München postkolonial* oder *Frankfurt postkolonial* lauten die Titel von Ausstellungsprojekten und Städteführungen, die auf die Beziehungen dieser Städte zum europäischen Kolonialismus aufmerksam machen. Derartige Programme weisen darauf hin, dass Gedächtnisbildungsprozesse zur Kolonialgeschichte eingesetzt haben, die dem Engagement kritischer Bürger_innen zu verdanken sind. Die weitgehend normalisierte Ausblendung kolonialer Geschichte in Deutschland wird zumindest partiell aufgebrochen.

RASSISMUS HISTORISCH EINORDNEN UND IN DER GEGENWART REFLEKTIEREN

Für die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Kolonialismus sind die Thematisierung rassistischer Ordnungsmuster und die Analyse der damit verbundenen Abstammungs- und Reinheitsvorstellungen von zentraler Bedeutung. Insbesondere für die deutsche Kolonialherrschaft ist das Herrschaftskonzept eines völkischen Rassismus nachweisbar. Eine unüberwindliche Kluft zwischen den Kolonisierenden und den Kolonisierten wird in dieser Kolonialherrschaftsform vorausgesetzt und hergestellt. Begründet wird diese Kluft mit den zivilisatorischen Defiziten der Kolonisierten, die entsprechend abwertend bezeichnet werden. Auf der Grundlage dieser kontrastierenden Vorstellungen schafft sich die deutsche Kolonialmacht die mentalen Voraussetzungen für die Entgrenzung von Gewalt. Es bildet sich eine Herrschaftspraxis und -ideologie heraus, die auf Vernichtung der Bewohner_innen des kolonisierten Territoriums zielt und die insbesondere im deutschen Kolonialkrieg in Südwestafrika zur Anwendung kommt, bei dem die Zielsetzung des „Rassenkampfes“ offen verfolgt wird (vgl. Kößler 2005: 36). „Die genozidale Unterdrückungsstrategie war im Kolonisationsprojekt selbst verankert. Hinzu kam die preußisch-deutsche Militärdoktrin, die seit 1870/71 auf die Entscheidungsschlacht fixiert war“ (ebd.: 28). Die deutsche Kolonialkriegsführung ist gemäß der Maßstäbe der „UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermords“ von 1948 als Völkermord einzuordnen (vgl. ebd.: 29).

Das Jahr 2015 hat aufgrund der Gedenkanlässe 100 Jahre nach dem Völkermord an den Armeniern durch die jung-türkische Bewegung und unter Beteiligung von Akteuren des Deutschen Kaiserreiches die Thematik von Völkermordverbrechen in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Leugnungs- und Verdrängungsphänomene überlagern das Gedenken nicht nur in der Türkei. Die Tatsache, dass der erste anerkannte Völkermord im zwanzigsten Jahrhundert auf dem Gebiet der deutschen Kolonie Deutsch-Südwestafrika begangen worden ist, war bisher kaum Thema einer breiteren Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Postkoloniale Bildungsprojekte leisten hier einen wesentlichen Beitrag zu einer Allgemeinbildung, die der Würdigung der Opfer wie der Auseinandersetzung mit Täterschaft verpflichtet ist.

Wissensvermittlung und Bewusstseinsbildung über Ideologie und Praxis des Kolonialrassismus bilden Voraussetzungen für die Auseinandersetzung mit kolonialen Mustern in der Geenwart. Weil die koloniale Erfahrung in die heutigen Weltbilder und Selbstbilder eingewoben ist, kann von einer *postkolonialen Gesellschaft* auch in Deutschland gesprochen werden. Thematisierungen der epistemischen und materiellen Ordnungen des Kolonialismus erfolgen in einem sozialen und kulturellen Kontext, der von den Folgen der NS-Verbrechen geprägt ist und in dem die ideologischen Muster und gesellschaftlichen Selbstbilder nachwirken, die im Nationalsozialismus heraus gebildet worden sind. Es ist diese Einsicht in die Unabgeschlossenheit der nationalsozialistischen Überzeugungen von Kultur und Gesellschaft, von der ausgehend die Frage nach dem Ort eines postkolonialen Gedächtnisses in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft gestellt werden kann. Die *postkoloniale Gegenwart* nach Auschwitz zeichnet sich dadurch aus, dass die Menschen- und Weltbilder des Nationalsozialismus in ihr zwar politisch-programmatisch nicht mehr vertreten werden, jedoch in kollektiv geteilten Denkmustern nach wie vor vorhanden sind. Umgekehrt zeigt sich die postnationalsozialistische Gegenwart als eine, in der die Erfahrung kolonialer Herrschaftspraktiken und die darin erzeugten Bilder von den nicht-europäischen Anderen und dem europäischen Selbst verankert sind. Diese doppelte Perspektive gilt es einzunehmen bei dem Versuch, Bildungsprozesse in einer Gegenwart zeitgeschichtlicher Beziehungen zu reflektieren und dabei sowohl Zusammenhänge wie auch Unterscheidungslinien zu vermitteln.

ANTISEMITISMUS HISTORISCH EINORDNEN UND IN DER GEGENWART REFLEKTIEREN Hinsichtlich der geschichtlichen Ausprägungen und Begründungen unterscheiden sich Rassismus und Antisemitismus, sind aber zugleich beide Ausdruck von kulturellen Identitätsvergewisserungen und nationalistischen Herrschaftsbestrebungen. Die Positionen des hierarchisch definierten und fremd gemachten Anderen werden unterschiedlich besetzt, dienen aber jeweils einem überlegenen Selbstbild und der Ausdehnung eigener Macht. Während der Kolonialrassismus die Fremden exterritorialisieren konnte, ist der moderne Antisemitismus geprägt von der Vorstellung eines zersetzenden Elements im Inland. Koloniales Wissen bietet dem europäischen Subjekt die Gelegenheit, sich selbst als zivilisiert und aufgeklärt zu stilisieren. Antisemitisches Wissen eignet sich dazu, dieses Selbstbild so auszustatten, dass es auch moralisch bestehen kann. Insofern korrespondieren koloniale und antisemitische Selbst- und Fremdbilder, unterscheiden sich aber auch. „Im Unterschied zum kolonialen Anderen ist der antisemitisch markierte Andere nicht nur minderwertig, sondern mit Macht ausgestattet. Und deshalb gefährlich. Antisemitismus bietet Gelegenheit, sich selbst als Opfer zu sehen und sich vorzustellen, beherrscht und ausgebeutet zu werden“ (Messerschmidt 2005: 139). Dieser Vorgang der Projektion funktioniert spiegelbildlich zum kolonialen Diskurs, in dem sich das europäische Selbst als überlegen positioniert. Die Europäer betrachten sich im kolonialen Selbstbild nicht als Opfer, sondern als Sieger und verachten die Kolonisierten. Im Antisemitismus stilisiert sich das national-völkische Selbst als ehrlich und uneigennützig. Im Selbstbild ist die Rechtmäßigkeit der eigenen Position eingewoben. Zu Wohlstand gekommen zu sein, verdankt sich in diesem Selbstkonzept produktiver Arbeit und nicht den kolonialen Eroberungs- und Ausbeutungsstrategien. Das europäische Subjekt hat demzufolge alle Errungenschaften sich selbst zu verdanken. Dieses Selbst ist mit sich selbst im Reinen, weil es eine Projektionsfläche für alles Unreine gefunden hat. Die Ausbeutung anderer gilt ihm als moralisch verwerflich und wird den Juden zugeschrieben, die weniger das Verachtete, sondern das Bedrohliche repräsentieren. Der moderne europäische Antisemitismus kann somit auch als Abwehr der eigenen kolonialen Ausbeutungsgeschichte aufgefasst werden. Anstatt sich mit den Nachwirkungen des Kolonialismus zu befassen, kann man mit antisemitischen Weltbildern bestehende Ungleichheiten und fortgesetzte Ungerechtigkeit so erklären, dass eigenes Involviertsein nicht reflektiert werden muss.

Erst die analytische Unterscheidung von Rassismus und Antisemitismus macht die spezifisch postnationalsozialistische Konstellation erkennbar. Neben den Repräsentationen des Defizitären und Minderwertigen werden Repräsentationen des Übermächtigen hergestellt, durch die es möglich wird, sich selbst in der Rolle des Diskriminierten zu sehen. Das Selbstbild, beschuldigt und angeklagt zu werden und einem Tribunal politischer Korrektheit ausgesetzt zu sein, bildet eine Ressource zur Abwehr von Kritik. Nicht von ungefähr wird von Sprechverboten gesprochen, wenn antisemitische Äußerungen in der Öffentlichkeit als solche benannt werden. Durch die gruppenbezogene Zuschreibung von Macht an die Juden wird es möglich, das kollektive Gedächtnis von seiner Gewaltgeschichte zu entlasten. Zum einen kommt es zu einer Projektion auf die Gruppe der Juden als diejenigen, die einen mit einer nicht vergehenden Geschichte belasten, zum anderen artikuliert sich ein nationales Subjekt als Opfer einer unzulässigen Beschuldigung.

Auf der Grundlage von Rassismus- und Antisemitismus-Analysen wird es möglich, Konturen einer postkolonialen Erinnerungsarbeit zu beschreiben im Kontext einer Gesellschaft, die im Zusammenhang der Täterschaft des Holocaust steht. Die Verankerung der Kolonialgeschichte im kollektiven Gedächtnis der Deutschen kann nicht additiv geschehen – als Hinzufügung eines vernachlässigten Gegenstandes –, sondern bedarf einer Reflexion des zeitgeschichtlichen Kontextes *nach Auschwitz,* der von Aufarbeitungsprozessen geprägt ist wie von Abwehrmustern und als ein ambivalenter Erinnerungsraum erfahrbar ist. Die Erinnerung an die Kolonialverbrechen kann im deutschen Kontext jederzeit dazu benutzt werden, den Massenmord an den europäischen Juden zu relativieren und die Erinnerung daran zurückzuweisen zugunsten vernachlässigter Geschichten anderer Opfer. Reinhart Kößler und Henning Melber sehen darin den Versuch, „im Modus des Schuldbewusstseins eine historische Schuld gegen die andere auszuspielen“ (Kößler/Melber 2004: 40). Gedächtniskonkurrenzen werden aber weder den historischen Zusammenhängen gerecht noch den aktuellen Erfordernissen einer sich globalisierenden Erinnerungskultur. Sie verstellen den Blick auf die jeweils spezifische Geschichte. Um die Nachwirkungen von Kolonialismus und Nationalsozialismus in der Gegenwart wahrnehmen zu können, bedarf es aber einer unterscheidenden Analyse beider Geschichtszusammenhänge, die jede Nivellierung und zu Gleichsetzungen führende Ableitung vermeidet. Aus gedenkstättenpädagogischer Perspektive

plädiert Matthias Heyl für eine Sensibilität und Reflexivität im Umgang mit den Zusammenhängen und Unterscheidungen von Erinnerungsarbeit zu Kolonialverbrechen und zu NS-Verbrechen, ohne beides „unter dem Aspekt der Konkurrenz" durchzuführen (Heyl 2005: 162).

VERHÄLTNISBESTIMMUNGEN VON KOLONIALISMUS UND NATIONALSOZIALISMUS In der geschichtlichen Wahrnehmung des Verhältnisses von Kolonialismus und Nationalsozialismus erweist es sich als problematisch, einfach von einer *Kontinuität* auszugehen, so als führe die koloniale Herrschaftspraxis zwangsläufig zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. In der „Kontinuitätsthese" und der Hypothese einer „Vorbildfunktion" der deutschen Kolonialkriege für den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg sieht Birthe Kundrus eine Form der „Kontingenzbewältigung" und der Leugnung historischer Diskontinuitäten und Parallelgeschichten (Kundrus 2006: 52). Eine pauschale Zurückweisung jeglicher Kontinuitäten betrachte ich aber ebenso als unangebracht. Einen Anknüpfungspunkt für die Kontinuitätsannahme bildet die im deutschen Kolonialismus praktizierte Rassenpolitik, durch die die Kolonisierten als rassisch minderwertig repräsentiert worden sind. Jürgen Zimmerer erkennt in der Segregationspolitik ein zentrales Element des deutschen Kolonialregimes, ein „Prinzip des kolonialen Staates (...), der auf der binären Scheidung von ‚Weiß' und ‚Schwarz', von ‚Eingeborenen' und ‚Nicht-Eingeborenen', von ‚(Herren)menschen' und ‚Knechten' beruhte" (Zimmerer 2005: 143). Die Vorstellung eines Rassenstaates findet sich auch im Nationalsozialismus, und die rassistischen Vorstellungen wirken über den nationalsozialistischen Herrschaftszusammenhang hinaus bis in die Gegenwart. Mit der Fixierung auf die Frage von Kontinuität *oder* Bruch zwischen Kolonialismus und Nationalsozialismus wird der Geschichtszusammenhang auf eine Eindeutigkeit reduziert, die dazu neigt, entweder die Bedeutung des Rassismus oder die des Antisemitismus zu relativieren.

Zwei Formen des Umgangs mit Kolonialismus und Nationalsozialismus ergeben sich für mich aus diesen Überlegungen: zum einen die Wahrnehmung historischer Diskontinuitäten und jeweiliger Besonderheiten in den Herrschaftspraktiken, zum anderen die Auseinandersetzung mit den gleichzeitig vorhandenen Nachwirkungen beider Geschichtszusammenhänge in der Gegenwart. In dem Versuch, Kolonialismus und Nationalsozialismus so

aufeinander zu beziehen, dass sich ein Ableitungs- und Ähnlichkeitszusammenhang ergibt, scheinen mir zwei Tendenzen sichtbar zu werden: zum einen die Tendenz, dem Kolonialismus mehr Relevanz dadurch zu verleihen, dass man ihn mit dem NS vergleicht; zum anderen die Tendenz, den Nationalsozialismus als dominierend im kollektiven Gedächtnis zu repräsentieren, indem im-plizit behauptet wird, durch die Fixierung auf den Holocaust habe die deutsche Gesellschaft andere Verbrechensgeschichten aus dem Blick verloren. Das zweite Repräsentationsmuster, bei dem der NS als erfolgreich aufgearbeitete Geschichte gekennzeichnet wird, kommt in der Debatte um die Herausbildung eines postkolonialen Gedächtnisses immer dann ins Spiel, wenn dieses Gedächtnis dem Gedenken an die NS-Opfer kontrastierend gegenüber gestellt wird. Beide Tendenzen bleiben unangemessen gegenüber den jeweiligen historischen Gegenständen. Die Tendenz, die Erinnerung an die NS-Verbrechen als dominierendes Gedächtnis darzustellen, verfehlt zudem die Wahrnehmung der Fragilität dieses Gedächtnisses in der deutschen Gesellschaft und nimmt nur dessen Etablierung im öffentlichen Raum wahr (vgl. Messerschmidt 2003: 32ff). Jenseits dieses Raumes besteht aber bis heute kein Konsens darüber, an den Holocaust zu erinnern. Das private Gedächtnis in deutschen Familien kommt wunderbar damit aus, sich auf die Entbehrungen des Krieges zu konzentrieren, wie die Studie *Opa war kein Nazi* verdeutlicht hat (Welzer/Moller/Tschuggnall 2002). Weil die Kolonialgeschichte weitgehend unthematisiert geblieben ist, kommt es zu einer verzerrten Wahrnehmung gegenüber dem Umgang mit der NS-Geschichte – so als handle es sich hier um eine erfolgreich verankerte Erinnerung. Dabei wird implizit die Vorstellung eines Dominanzgedächtnisses vermittelt, die sich aus dem antisemitischen Repertoire bedient, weil darin unausgesprochen nahegelegt wird, es gäbe eine Instanz, die das Erinnern an die Shoah[1)] privilegiert. Die Herausbildung eines kollektiven Gedächtnisses kolonialer Geschichte sollte dagegen von einem Bewusstsein über den fragilen und immer wieder gefährdeten Ort des Holocaust-Gedächtnisses begleitet werden und sensibel bleiben für die Wirkungen antisemitischer Anspielungen.

GESCHICHTSANEIGNUNGEN UND SEKUNDÄRER ANTISEMITISMUS

Trotz der ausgeprägten Wissensvermittlung über die Jahre 1933-1945 im deutschen Bildungssystem, fällt auf, dass wesentliche ideologische Elemente des NS kaum bekannt sind, wodurch Zusammenhänge unzugänglich bleiben. Der

1) Es existieren unterschiedliche Bezeichnungen für den NS-Massenmord an den europäischen Juden. Keine davon kann diesen angemessen und in seiner ganzen Komplexität repräsentieren. Deshalb verwende ich sowohl den kulturindustriell geprägten und international üblichen Begriff des *Holocaust* als auch den in der jüdischen Tradition verankerten Begriff der *Shoah,* der stärker auf die Katastrophe der Auslöschung jüdischer Kulturgeschichte Bezug nimmt. Die Bezeichnung *Holocaust* hat sich erst nach der Ausstrahlung der populären Fernsehserie gleichen Namens in den 1980er Jahren durchgesetzt, enthält also immer auch die kulturindustrielle Repräsentation des Verbrechenskomplexes. In der internationalen Zeitgeschichtsforschung wird mit *Holocaust* der antisemitisch-rassistische und auf die totale Vernichtung zielende organisierte Massenmord an den europäischen Juden und Sinti und Roma bezeichnet. Beide Gruppen unterlagen der Auslöschungs- und Reinheitsideologie einer völkischen Politik. Zugleich wird für das Sprechen über den Massenmord an den Sinti und Roma auch die aus dem Romanes kommende Bezeichnung *Porajmos* verwendet.

Nationalismus des 19. Jahrhunderts und der darin eingewobene „nationale Antisemitismus“ (Holz 2001) gehören zu diesen vernachlässigten Themen. Erst vor diesem Hintergrund lässt sich jedoch verstehen, warum die NS-Ideologie der Volksgemeinschaft für viele Deutsche so attraktiv gewesen ist.

Nach 1945 stellt sich jeder Antisemitismus als sekundär dar, denn von da an nehmen alle antisemitischen Äußerungen, Denkmuster und Praktiken in irgendeiner Weise Bezug auf den Massenmord an den europäischen Juden und instrumentalisieren die Erinnerung an den Holocaust für die Legitimation antisemitischer Auffassungen. Die Grundstruktur des sekundären Antisemitismus besteht in einem Abwehrverhältnis zum Nationalsozialismus, in dem Versuch, Geschichte dadurch abzuschließen, dass man die jüdischen Opfer diskreditiert und die Erinnerung an ihre Verfolgung, Internierung und Vernichtung delegitimiert. Ein wirksames Instrument dieser Abwehr und Diskreditierung von Erinnerung besteht darin, „die Opfer von damals als die Täter von heute“ erscheinen zu lassen (Holz 2005: 59). Klaus Holz sieht in dieser „Umkehrung des Verhältnisses von Täter und Opfer [...] den Kern des Antisemitismus nach Auschwitz“ (ebd.). Der sekundäre Antisemitismus ist direkt mit dem Verhältnis der deutschen Gesellschaft zum Nationalsozialismus verbunden und in den Nachwirkungen desselben verankert. Das Selbstbild einer Überwindung der NS-Ideologie, das aus dem Distanzierungsbedürfnis von den NS-Verbrechen hervorgeht, steht einer Aufarbeitung des gegenwärtigen sekundären Antisemitismus immer wieder im Wege. Die Überzeugung der eigenen sowie der gesellschaftlichen Unverbundenheit zu Ideologie und Politik des Nationalsozialismus ermöglicht es, antisemitisch zu sprechen oder sich antisemitisch zu verhalten, ohne eine Beziehung zum Massenmord an den europäischen Juden herstellen zu müssen.

Nach 1990 transformiert sich der bundesdeutsche Erinnerungsdiskurs von der Abwehr der Schuld hin zu ihrer Anerkennung (vgl. Quindeau 2007: 162). Damit löst sich aber das Problem des Antisemitismus nicht, sondern die gesellschaftlich weitgehend übernommene Verantwortung für die NS-Verbrechen fordert wiederum Entlastung. Versprechen kann man sich eine Entlastung zum einen durch eine Erlösungsvorstellung, bei der aus der Übernahme der historischen Verantwortung ein geläutertes Selbstbild hergestellt wird. Zum anderen kann Entlastung durch die „zwanghafte Suche nach jüdischen ‚Tätern‘ erfolgen“ (ebd.: 163). In dieser Perspektive beruht der sekundäre Antisemitismus nicht auf der

Abwehr der Schuld, sondern auf „deren Anerkennung, die Entlastung sucht“ (ebd.). Das Unbehagen an der Erinnerung macht sein wesentliches Motiv aus.

Mit Alltagsantisemitismus ist in der bundesdeutschen Gegenwart an vielen Stellen zu rechnen, er variiert kontextuell je nach den sozialen Zuordnungen derer, die ihn artikulieren. Zugleich will kaum jemand antisemitisch sein, so dass sich eine paradoxe Konstellation von antisemitischen Artikulationen bei gleichzeitiger Abgrenzung ergibt. In einer qualitativen Studie konnte Barbara Schäuble zeigen, wie sich der Großteil der von ihr befragten Jugendlichen vom Antisemitismus distanziert und gleichzeitig Juden und Jüdinnen als Gegenbild zum eigenen Selbst positioniert (vgl. Schäuble 2012). Das Bedürfnis nach diesem Gegenbild ist stabil, während die Beschaffenheit des Bildes variiert. Die bundesdeutsche politische Kultur der Gegenwart ist zum einen davon gekennzeichnet, dass die rassistisch-antisemitischen Zugehörigkeitsvorstellungen, die im Nationalsozialismus mit der Politik der Volksgemeinschaft vermittelt wurden, in ihr nachwirken und zum anderen dadurch, dass die Verbrechensgeschichte als angemessen aufgearbeitet repräsentiert wird, wodurch Antisemitismus wie auch Rassismus als vergangene Problematiken aufgefasst werden (vgl. Messerschmidt 2010).

ABWEHR VON NEGATIVITÄT UND DIE MÖGLICHKEIT KRITISCHER ERINNERUNG

Die beständige Verknüpfung der Thematisierung des Nationalsozialismus mit moralischen Erziehungszielen hat zu einer normativen Grundstruktur geführt, zu einem Modus der Sinnstiftung. Die „demokratische Restitution des deutschen Nationalstaates“ (Meseth 2007: 102) wurde verknüpft mit einer offensiven Distanzierung von NS-Täterinnen und Tätern bei gleichzeitigem Bemühen, die Masse der Deutschen als „lediglich hilflose Opfer einer perfiden Verführung“ (ebd.: 103) zu betrachten. Die dadurch ermöglichte „Konstruktion einer letztlich unverdächtigen deutschen Tradition“ (ebd.) sieht Wolfgang Meseth eng verknüpft mit einer individualisierenden Betrachtung der NS-Verbrechen, aus der sich Erziehungsziele ableiten ließen. An die Stelle der Rekonstruktion der gesellschaftlichen Voraussetzungen, die die NS-Verbrechen erst ermöglicht hatten, trat das Konzept erzieherischer Prävention. Adornos zeitgeschichtliche Markierung für eine „Erziehung nach Auschwitz“ (Adorno 1971), die er in dem gleichnamigen Rundfunkvortrag von 1966 vornahm, wird pädagogisch bis heute in dieser präventiven Lesart rezipiert. Der

negative Bezugspunkt, der für Adorno eine unlösbare Verbindung zum Nationalsozialismus ausmacht, wird dabei umgedeutet zu einer Aufforderung, für eine bessere Zukunft einzutreten, die es erzieherisch abzusichern gelte.

Diese Abwehr von Negativität ist bedingt in dem Bedürfnis nach einem unbelasteten Selbstbild und hat eine moralisierende Grundstruktur in der Vermittlung von Wissen und Bewusstsein zum Nationalsozialismus erzeugt, die einer analytischen Auseinandersetzung im Wege steht. Postkoloniale Wissens- und Bewusstseinsbildung trifft auf diese Struktur in der Aneignung negativer Geschichte. Da aber die Beziehung zur Kolonialgeschichte in Deutschland abstrakter strukturiert ist und weniger emotional aufgeladen verläuft, bieten Prozesse postkolonialer Wissens- und Bewusstseinsbildung die Chance, von vornherein analytisch gestaltet zu werden und die moralisierenden Sackgassen in den Prozessen der Wissens- und Bewusstseinsbildung zu vermeiden.

In den erinnerungskulturellen Repräsentationspraktiken sind in der postnationalsozialistischen Bundesrepublik die nationalsozialistischen Täter lange Zeit weitgehend unsichtbar geblieben, wenn versucht worden ist, die Opfer der Verbrechen zu repräsentieren, was immer unangemessen bleibt, weil es nie den Erfahrungen derselben gerecht werden kann und niemals die „Untergegangenen“ (Levi 1990) repräsentieren kann. Kritische Erinnerung verstehe ich als eine Auseinandersetzung mit dieser Unangemessenheit und dem darin verankerten Bemühen, ein unproblematisches Bild der gegenwärtigen Gesellschaft zu etablieren. In der pädagogischen Erinnerungsarbeit wird das Verschwinden von Täterschaft wiederholt, wenn mit einem Ansatz der Empathie mit den Opfern der Verbrechen gearbeitet wird. Gerade das Bemühen um eine besondere Nähe zu diesen Opfern neigt dazu, sich von dem Verbrechen selbst emotional besonders deutlich zu distanzieren, und mit dieser Distanzierung das auf Abstand zu halten, was zu erinnern beansprucht wird. Die Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus konzentriert sich in den Gesellschaften von Österreich und Deutschland, die beide untrennbar mit den nationalsozialistischen Täterinnen und Tätern verbunden sind, bis heute stark auf die Opfer der von diesen verübten Verbrechen. Pädagogisch erwünscht ist die Entwicklung von Empathie gegenüber den verfolgten Gruppen und davon ausgehend eine eindeutige Distanzierung von den an der Verfolgung beteiligten Akteurinnen und Akteuren. Bestätigt wird damit das Selbstbild einer fundamentalen Unverbundenheit mit den an den

Verbrechen Beteiligten, wodurch der erinnerungskulturell und für das kollektive Geschichtsbewusstsein bedeutsame Schritt, eigene Beziehungen zu deren Welt- und Menschenbildern zu reflektieren, vermieden werden kann (vgl. Messerschmidt 2015). Diese Form des Erinnerns entspricht dem von Christian Schneider herausgearbeiteten „Wunsch, unschuldig zu sein" (Schneider 2010: 122), den er in der Generation derer ausmacht, die ihre Elterngeneration mit den unthematisierten schuldhaften Beteiligungen an den NS-Verbrechen konfrontierten. Dieser Wunsch wird übertragen auf aktuelle Thematisierungen von Alltagsrassismus in der deutschen Migrationsgesellschaft. Bis heute fällt es schwer, Rassismus als hegemoniale Praxis beispielsweise in Bildungsinstitutionen anzuerkennen. Spontane Abwehr und Empörung über die als Zumutung empfundene Unterstellung, in der eigenen Schule oder Hochschule gäbe es das, stellen sich bei Lehrkräften ein (vgl. Quehl 2009). In der Bildungsarbeit kommt es deshalb darauf an, eine Unterscheidung von Staats- bzw. Verfolgungsrassismus und Alltagsrassismus in der Demokratie vorzunehmen, um überhaupt darüber sprechen zu können.

ENTFERNTE VERBINDUNGEN Solange der Nationalsozialismus als ganz und gar entfernt und abgeschlossen aufgefasst wird, bleiben Nachwirkungen ideologischer Muster ausgeblendet, so als gäbe es keine Nachgeschichte und keinerlei Weiterwirken von Überzeugungen. Distanzierung lässt Geschichte erstarren und macht sie handhabbar für die Pflege eines unproblematischen gesellschaftlichen Selbstbildes. Diese Distanznahmen betrachte ich weniger als individuelles Problem, sondern sie sind bedingt in den Selbstbildern einer Demokratie, die sich auch als Antwort auf die Verbrechensgeschichte versteht und sich als das ganz Andere im Gegensatz dazu repräsentiert. Schließlich geben die Verbrechen im NS-Herrschaftskontext immer eine Kontrastfolie für eine Gegenwart ab, die demgegenüber heil, friedlich und gerecht erscheint. Erfahrungen aus der Gedenkstättenpädagogik zeigen, dass „die Konfrontation mit der Monstrosität der nationalsozialistischen Verbrechen" völlig getrennt wird von der Gegenwart und die meisten Besucher_innen nicht dazu anregt, „die eigene (demokratisch verfasste) Gegenwartsgesellschaft auf uneingelöste Versprechen und Rechte hin kritisch zu befragen. Heutige Verletzungen von Menschen- und Grundrechten werden im Vergleich als nicht so dramatisch angesehen" (Scheurich 2010: 41f.). In der Gedenkstättenpädagogik, die sich auf die Tatorte der

NS-Massenverbrechen bezieht, stellt ein analytischer und reflexiver Geschichtszugang eine besondere Herausforderung dar. Werden doch die ehemaligen Konzentrationslager im Kontext schulischer Bildung häufig aufgesucht, um an ihnen das Andere der Gegenwart, den Kontrast zu Demokratie und Menschenrechten zu demonstrieren. Die Gedenkstätten sind zu „staatstragenden Lernorten" geworden (Haug 2010: 35). In der Folge entsteht an den „moralisch hoch aufgeladenen Gedenkorten" ein „Konformitätsdruck" (ebd.: 41), so als stünde am Tiefpunkt der Zivilisation die Orientierung für das richtige und angemessene Verhalten zur Verfügung. Kritische Erinnerungsbildung kann keine ungebrochenen Beziehungen zwischen den NS-Verbrechen und der Gegenwart herstellen, jedoch auf Verwandtschaften zu heutigem Denken und zu heutigen gesellschaftlichen Praktiken aufmerksam machen. Abstammungsbezogene nationale Selbstbilder gehören dazu, sowie Körpernormen und Nützlichkeitsvorstellungen. Postkoloniale Erinnerungsbildung vermittelt schon im Begriff der Postkolonialität eine Vorstellung unabgeschlossener Geschichte. Im deutschsprachigen Raum wird diese verspätet thematisiert. Doch ist es offensichtlich leichter sagbar, über München, Frankfurt oder Hamburg zu sagen, diese Städte seien *postkolonial,* als dieselben Städte *postnationalsozialistisch* zu benennen und damit auszudrücken, dass das Vergangene nicht vorüber ist. Die Verwandtschaft zum Nationalsozialismus ist in der bundesdeutschen Gesellschaft emotional auf andere Weise besetzt als die Beziehung zum Kolonialismus. Allein mit dem relativ geringen Unterschied im zeitlichen Abstand ist das nicht zu erklären. Eher hat es zu tun mit der Ambivalenz von Niederlage und Befreiung am Ende des Zweiten Weltkrieges und mit den diskontinuierlichen Aufarbeitungsprozessen der NS-Verbrechen in den vergangenen 70 Jahren.

Ein wichtiger Faktor, der die unterschiedlichen Geschichtsbeziehungen zu Kolonialismus und Nationalsozialismus bedingt, liegt in der massenhaften Täterschaft im NS-System von Erfassung, Ausgrenzung, Verfolgung, Vernichtung. Die biografischen Beziehungen zu den Verbrechen und ihren Protagonist_innen reichen bis in die gegenwärtigen Familien. Die Minderheitenperspektive der Nachkommen der Verfolgten bildet ein lebendiges Korrektiv gegenüber den Relativierungs- und Entlastungsmustern, die im Aufarbeitungsdiskurs von Anfang an vorhanden sind. Mit einem kritischen Geschichtsverständnis kommt der Auseinandersetzung mit Ideologie und Praxis des NS eine spezifische gesellschaftstheoretische Bedeutung zu, da sich die nationalsozialistische Bewegung zu einer Zeit durchgesetzt hat, als Deutschland

in der Weimarer Republik demokratischer wurde und in der Moderne hätte angekommen sein können. Der im Kaiserreich verankerte deutsche Kolonialismus lässt sich demgegenüber leichter vom demokratischen Selbstbild abtrennen. Doch mit einem analytischen Zugang und mit der Bereitschaft, Rassismus als „negative Vergesellschaftung" (Hund 2006) zu begreifen, stellt die Kolonialgeschichte jede Selbstsicherheit hinsichtlich gegenwärtiger Humanität in Frage. Warum dem in den Folgegenerationen so wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist, bleibt eine postkoloniale Fragestellung. Für deren Beantwortung ist auf die übergreifenden Distanzierungsbedürfnisse einzugehen, die jegliche Gewalt- und Herrschaftsgeschichte überwunden und vergangen erscheinen lassen. Dies betrifft insbesondere ein bürgerliches Bildungsverständnis, das in der Bildung immer schon das Bessere sieht.

Trotz der breiten Bildungsarbeit, die in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren in Schulen und in außerschulischen Feldern durchgeführt worden ist und die sich auf eine differenzierte Forschung stützen kann, ist die Beziehung zum Nationalsozialismus von Distanzierungsbedürfnissen und begrifflichen Unschärfen geprägt. Der verbreitete Wunsch nach Distanzierung kommt insbesondere in einer undialektisch konzipierten Pädagogik mit der starken moralischen Aufladung der Thematik zum Ausdruck, bei der *die Nazis* quasi zu Repräsentanten des Bösen werden, die nicht zum gesellschaftlichen Wir gehören. Das Sprechen über den Nationalsozialismus ist in diesem Modus personalisiert worden. Anstatt über ideologische Muster und deren gesellschaftliche Durchsetzung nachzudenken, dominieren psychologisierend-moralisierende Positionierungen, die es erleichtern eine Grenze zu ziehen zwischen dem demokratischen Selbst der Gegenwart und den Rassisten der Vergangenheit. Eine postnationalsozialistische Selbstbezeichnung kommt dabei nicht in Frage. Außerdem besteht die begriffliche Problematik, dass in der Bezeichnung *Nationalsozialismus* auch ein völkisch umgedeuteter Sozialismusbegriff steckt. Doch eine Auseinandersetzung mit den sozialpolitischen Elementen der Ideologie und Praxis der Volksgemeinschaft hat bisher in der Breite historisch-politischer Bildungsarbeit kaum stattgefunden, ist aber in den letzten Jahren zum Gegenstand historischer Forschung geworden (vgl. Bajohr/Wildt 2012). Dies gilt es aufzugreifen, um von Kiel bis Konstanz reflektiert und selbstkritisch in der postnationalsozialistischen und postkolonialen Gegenwart unterwegs zu sein.

// Literatur

Adorno, Theodor W. (1971): Erziehung nach Auschwitz. In: ders., Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969. Frankfurt/M., suhrkamp, S. 88–104
Bajohr, Frank / Wildt, Michael (Hg.) (2012): Volksgemeinschaft: neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus. (2. Ed.) Frankfurt/M., Fischer Taschenbuch Verlag
Haug, Verena (2010): Staatstragende Lernorte. Zur gesellschaftlichen Rolle der NS-Gedenkstätten heute. In: Thimm, Barbara/Kößler, Gottfried/Ulrich, Susanne (Hg.), Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik. Frankfurt/M., Brandes und Apsel, S. 33–37
Heyl, Matthias (2005): Kolonialismus und nationalsozialistische Massenverbrechen in Monumenten und Gedenkstätten. In: Lutz, Helma/Gawarecki, Kathrin (Hg.), Kolonialismus und Erinnerungskultur. Die Kolonialvergangenheit im kollektiven Gedächtnis der deutschen und niederländischen Einwanderungsgesellschaft. Münster, Waxmann, S. 143-165
Holz, Klaus (2005): Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft. Hamburg, Hamburger Edition
Holz, Klaus (2001): Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung. Hamburg, Hamburger Edition
Hund, Wulf D. (2006): Negative Vergesellschaftung. Dimensionen der Rassismusanalyse. Münster, Westfälisches Dampfboot
Kößler, Reinhart (2005): Kolonialherrschaft – auch eine deutsche Vergangenheit. In: Lutz, Helma/Gawarecki, Kathrin (Hg.), Kolonialismus und Erinnerungskultur. Die Kolonialvergangenheit im kollektiven Gedächtnis der deutschen und niederländischen Einwanderungsgesellschaft. Münster, Waxmann, S. 23-40
Kößler, Reinhart/Melber, Henning (2004): Der Genozid an den Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika 1904-1908. In: Wojak, Irmtrud/Meinl, Susanne (Hg.), Völkermord und Kriegsverbrechen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Frankfurt/M./New York, Campus, S. 37-75
Kundrus, Birthe (2006): Kontinuitäten, Parallelen, Rezeptionen. Überlegungen zur „Kolonialisierung" des Nationalsozialismus. In: Werkstatt Geschichte, 15. Jg., Nr. 43, S. 45-62
Levi, Primo (1990): Die Untergegangenen und die Geretteten. München/Wien, Hanser
Meseth, Wolfgang (2007): Die Pädagogisierung der Erinnerungskultur. Erziehungswissenschaftliche Beobachtungen zu einem bisher kaum beachteten Phänomen. In: Zeitschrift für Genozidforschung, 8. Jg., Heft 2, S. 96-117
Messerschmidt, Astrid (2015): Erinnern als Kritik. Politische Bildung in Gegenwartsbeziehungen zum Nationalsozialismus. In: Widmaier, Benedikt/Steffens, Gerd (Hg.), Politische Bildung nach Auschwitz. Erinnerungsarbeit und Erinnerungskultur heute. Schwalbach/Taunus, Wochenschau Verlag, S. 36-48
Messerschmidt, Astrid (2010): Distanzierungsmuster. Vier Praktiken im Umgang mit Rassismus. In: Broden, Anne/Mecheril, Paul (Hg.), Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zur Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft. Bielefeld, transcript, S. 41-57
Messerschmidt, Astrid (2005): Antiglobal oder postkolonial? Globalisierungskritik, antisemitische Welterklärungen und der Versuch, sich in Widersprüchen zu bewegen. In: Loewy, Hanno (Hg.), Gerüchte über die Juden. Antisemitismus, Philosemitismus und aktuelle Verschwörungstheorien. Essen, Klartext, S. 123-146
Messerschmidt, Astrid (2003): Bildung als Kritik der Erinnerung. Lernprozesse in Geschlechterdiskursen zum Holocaust-Gedächtnis. Frankfurt/M., Brandes und Apsel
Quehl, Thomas (2009): Rassismuskritik auf dem Weg in die Schule. In: Scharathow, Wiebke/Leiprecht, Rudolf (Hg.), Rassismuskritik Band 2, Rassismuskritische Bildungsarbeit. Schwalbach/Taunus, Wochenschau Verlag, S. 226-243
Quindeau, Ilka (2007): Schuldabwehr und nationale Identität – Psychologische Funktionen des Antisemitismus. In: Brosch Matthias u.a. (Hg.), Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Berlin, Metropol, S. 157-164
Schäuble, Barbara (2012): „Anders als wir". Differenzkonstruktion und Alltagsantisemitismus unter Jugendlichen. Berlin, Metropol
Scheurich, Imke (2010): NS-Gedenkstätten als Orte kritischer historisch-politischer Bildung. In: Thimm, Barbara/Kößler, Gottfried/Ulrich, Susanne (Hg.), Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik. Frankfurt/M., Brandes und Apsel, S. 38–44
Schneider, Christian (2010): Besichtigung eines ideologisierten Affekts. Trauer als zentrale Metapher deutscher Erinnerungspolitik. In: Jureit, Ulrike/Schneider, Christian: Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung. Stuttgart, Kohlhammer, S. 105–212
Welzer, Harald/Moller, Sabine/Tschuggnall, Karoline (2002): „Opa war kein Nazi". Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt/M., Fischer

Zimmerer, Jürgen (2005): Deutscher Rassenstaat in Afrika. Ordnung, Entwicklung und Segregation in „Deutsch-Südwest“ (1884-1915). In: Brumlik, Micha/Meinl, Susanne/Renz, Werner (Hg.), Gesetzliches Unrecht. Rassistisches Recht im 20. Jahrhundert. Frankfurt/M., Campus, S. 135-153

// Angaben zur Autorin

Astrid Messerschmidt, Prof. Dr. phil. habil., geb. 1965, Erziehungswissenschaftlerin und Erwachsenenbildnerin; seit 2009 Professorin für Interkulturelle Pädagogik/Lebenslange Bildung an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe; 2014/2015 Gastprofessorin mit Schwerpunkt Gender und Diversity an der Technischen Universität Darmstadt; Arbeitsschwerpunkte: Bildung im Kontext von Migration und Rassismuskritik; Pädagogik in den Nachwirkungen des Nationalsozialismus; Geschlechterforschung; Kritische Bildungstheorie. Neuere Publikationen: Erinnern als Kritik – politische Bildung in Gegenwartsbeziehungen zum Nationalsozialismus, in: Benedikt Widmaier (Hg.): Politische Bildung nach Auschwitz. Erinnerungsarbeit und Erinnerungskultur heute, Schwalbach 2015. Bildungsarbeit in Auseinandersetzung mit Antisemitismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 64. Jg., 28-30/2014, S. 38-44. Weder fremd noch integriert – kulturalisierungskritische Bildung im Kontext von Migration und Globalisierung, in: Florian von Rosenberg/Alexander Geimer (Hg.): Bildung unter Bedingungen kultureller Pluralität, Wiesbaden 2014, S. 109-123.

// FKW WIRD GEFÖRDERT DURCH DAS MARIANN STEEGMANN INSTITUT, DIE DFG UND DAS ICS DER ZHDK //
// REDAKTION // SIGRID ADORF / KERSTIN BRANDES / SILKE BÜTTNER / MAIKE CHRISTADLER / HILDEGARD FRÜBIS / EDITH FUTSCHER / KATHRIN HEINZ / KRISTINA PIA HOFER / MARIANNE KOOS / KEA WIENAND / ANJA ZIMMERMANN // WWW.FKW-JOURNAL.DE //